



Munich Personal RePEc Archive

Does deregulation of labor markets in Southern EU-countries solve the Euro crisis?

Fischer, Justina AV

University of Mannheim, Department of Economics, University of Oradea, Faculty of Economics

24 September 2012

Online at <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/41543/>
MPRA Paper No. 41543, posted 26 Sep 2012 00:02 UTC

Ist eine Deregulierung der Arbeitsmärkte in den südlichen EU-Staaten zur Bekämpfung der Eurokrise sinnvoll?

Justina A.V. Fischer

Universitäten Mannheim und Oradea

Executive Summary

Die Eurokrise als Staatsschuldenkrise stellt sich in erster Linie dar als eine Vertrauenskrise an den Finanzmärkten – als ein Vertrauensverlust der Anleger in die Wirtschaften der europäischen Südstaaten, welcher sich in einem steigenden Zinssatz für deren Staatsschuldtitel widerspiegelt. Die geeignetste vertrauensbildende Maßnahme besteht in der Durchführung von Wirtschaftsreformen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und Erhöhung der Staatseinnahmen. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaften in den Südstaaten der EU wird eine Deregulierung des Arbeitsmarktes das Problem der Eurokrise nur bedingt lösen können: auf Dauer sind lohnsenkende Reformen nur für arbeitsintensives Gewerbe zu empfehlen, wie im Falle von touristischen Dienstleistungen in Griechenland. Dagegen ist für die Industrie- und Landwirtschaftsproduktion in Spanien und Portugal eine produktivitätserhöhende Wirtschaftspolitik sinnvoll, während italienische ‚Luxusgüter‘ ihren höheren Preis durch Qualitätssteigerungen werden halten können. Ebenso wichtig jedoch sind die von der Troika ebenfalls angemahnten Strukturreformen – beispielsweise mangelt es z.B. in Griechenland an wirksamen Institutionen, um die Steuern einzutreiben. Ebenso müssten alle genannten vier südlichen Eurostaaten ihre tendenziell überbordende Staatsbürokratie und Korruption bekämpfen; bei der von der Troika vorgeschlagenen Privatisierungen von Staatsbetrieben sollte das Entstehen privater Monopole vermieden werden. Eine Sparpolitik ist nur dann eine sinnvolle Politik zur Bewältigung der Eurokrise, wenn bevorzugt in solchen Bereichen gespart wird, so dass dadurch das zukünftige Wirtschaftswachstum nicht gefährdet wird. Kürzungen im Bildungsbereich, wie von der spanischen Regierung geplant, wären in diesem Lichte eine falsche Entscheidung. Hier sind die Politiker aufgerufen, im Bewusstsein ihrer nationalen Verantwortung sich den Einflüssen der Lobbygruppierungen (wie Militär, Industrie, Landwirtschaft, Beamtenschaft) zu widersetzen und nicht nur in den Bereichen mit dem geringsten politischen Widerstand zu kürzen (Schüler und Studenten, Rentner, Kranke, Arbeitslose). Dagegen könnte eine produktivitätsfördernde Wirtschaftspolitik langfristig auch das Entstehen von zu großen Einkommensdisparitäten vermeiden helfen, was letztlich auch dem sozialen Frieden dient.

Keywords: Eurokrise, Staatsschuldenkrise, Arbeitsmarktreform, Deregulierung, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal

JEL-codes: F15; F33; F34; F62; H63; J83; K31

Ist eine Deregulierung der Arbeitsmärkte in den südlichen EU-Staaten zur Bekämpfung der Eurokrise sinnvoll?

Troika schlägt Deregulierung der Arbeitsmärkte vor

Die Troika hat zur Bekämpfung der Eurokrise in den Südstaaten Griechenland, Italien, Portugal, und Spanien neben einer rigorosen Sparpolitik auch eine Deregulierung der jeweiligen nationalen Arbeitsmärkte vorgeschlagen. Beispielsweise empfiehlt die Troika im Falle von Griechenland, dem prominentesten Sorgenkind unter den Euroländern, landesweit Kündigungsfristen zu halbieren, Abfindungen stark zu senken, die 6-Tages-Woche wieder einzuführen, und das Renteneintrittsalter von 65 Jahren auf 67 Jahre zu erhöhen; zudem sollen auf betrieblicher Ebene Arbeitstage mit bis zu 13 Stunden möglich werden (siehe Der Standard, 2012). Wird bei gleich bleibender Bezahlung länger gearbeitet, entspricht dies einer Nominallohnsenkung. Die Lockerung des Kündigungsschutzes kann als Versuch einer produktivitätssteigernden Disziplinierungsmaßnahme gegenüber der Arbeiterschaft verstanden werden, aber auch auf der Arbeitgeberseite die Bereitschaft zu Neueinstellungen vergrößern. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters wiederum entlastet die Lohnnebenkosten und zumindest kurzfristig auch die Renten- und Staatskassen. Sind jedoch diese und ähnliche von der Troika vorgeschlagenen Maßnahmen der Arbeitsmarktderegulierung in den südlichen Eurostaaten geeignet, die Eurokrise erfolgreich zu bekämpfen?

Die Eurokrise als Schuldenkrise

Die Eurokrise – betrachten wir sie einmal ausschließlich als Staatsschuldenkrise – hat zwei Ursachen: 1. Die Staatsschulden sind so hoch, so dass die Bedienung dieser auf lange Jahre Mittel in den nationalen Haushalten bindet, Mittel, die dann für staatliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur, oder auch für die Zahlung von Renten nicht bereitstehen werden. In allen vier Südstaaten der EU beträgt die Höhe der Staatsschulden über 100% des BIP – theoretisch müssten die Menschen in diesen Ländern also mehr als ein Jahr arbeiten, nur um diese Schulden abzutragen – ohne, dass die in dieser Zeitspanne anfallenden Ausgaben für Essen, Wohnung, Kleidung etc. berücksichtigt worden wären. 2. Die Höhe des Schuldendienstes wird auch bestimmt durch die Höhe des Zinssatzes – steigt der Zinssatz,

steigt die jährliche Belastung des nationalen Staatshaushaltes. Kurzfristig wären auch hohe Schulden leicht zu schultern, wenn sie sehr niedrig verzinst würden – kurzfristig wäre also bereits eine Senkung des Zinssatzes für eine Linderung der Eurokrise hilfreich, was aber einen Schuldenabbau in langfristiger Sicht nicht ersetzen kann. Beispielsweise fände eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit nicht statt durch eine simple Einführung von Eurobonds ohne Auflagen.

Mit welchen Mitteln könnten einzelne Staaten – rein theoretisch gesehen – Zinssatz und Schuldenhöhe beeinflussen? Nach den gängigen Lehrmeinungen ist diese Frage leicht zu beantworten – der politische Dissens liegt meist in der Umsetzung in die Praxis. Die Schulden können durch Inflation (reduziert den realen Wert der Schulden), Minderung der Staatsausgaben, sowie steigende Steuereinnahmen abgebaut werden, wobei die erstgenannte Maßnahme in einer Währungsunion für den einzelnen Mitgliedsstaat als Option entfällt (siehe z.B. Wagschal et al., 2009, über die möglichen ökonomischen sowie politischen Ursachen einer Staatsverschuldung). Die von der EU, der EZB und dem IWF vor allem zu Beginn der Krise forcierte ‚Sparpolitik‘ zielte auf eine Kürzung der Staatsausgaben, so dass die Schulden schneller hätten abgebaut werden können, während die jetzt eher im Fokus stehenden Restrukturierungsprogramme auf ein höheres Wirtschaftswachstum abzielen, das erst langfristig wiederum die Staatsausgaben senken und die Staatseinnahmen erhöhen würde. Da Reformen von Institutionen oft erst mittelfristig greifen, bezweifelt kein Ökonom ernsthaft, dass in den betroffenen Krisenstaaten kurzfristig Ausgabenkürzungen unvermeidbar sind. Hingegen zielen die von der Troika vorgeschlagenen Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte auf die Entlastung der nationalen Staatshaushalte mittels Stimulierung des Wirtschaftswachstums ab. Ob Arbeitsmarktreformen in den südeuropäischen Eurostaaten sinnvoll sind, hängt also davon ab, ob sie die Wettbewerbsfähigkeit des Landes stärken oder nicht, und ob dadurch das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden kann.

Nachdem die Währungsunion zunächst zu einer starken Angleichung der Zinssätze für Staatsanleihen innerhalb der Eurozone geführt hat, werden in den Medien seit Beginn der Eurokrise vor allem der kometenhafte Anstieg und die divergierenden Schwankungen des Zinssatzes für Staatsanleihen der Südstaaten der Eurozone diskutiert. Im Gegensatz zu dem (eher) fixen und bekannten Volumen der Staatsschulden wird der Zins nicht nur durch mittelfristig stabile wirtschaftliche Fundamentaldaten bestimmt, sondern ist stark gekoppelt

an das psychologische Element ‚Vertrauen‘: der Zins steigt vor allem in dem Masse, in welchem die Anleger erwarten, dass der Schuldnerstaat seinen Schuldendienst nicht mehr (oder nur mühsam) wird leisten können; der Zins sinkt aber ebenso, wenn auf die korrekte Bedienung der Schulden in der Zukunft vertraut werden kann – sei es mittels ‚Bail-Out‘ durch Dritte, oder mittels eines (zu erwartenden) genuinen Wirtschaftswachstums in den betroffenen Staaten. So betrug der Zinssatz für nationale Staatsschuldtitel mit etwa 10-jähriger Laufzeit im August diesen Jahres in den 'safe havens' lediglich 1.28% für Deutschland, 1.66% für Luxemburg, und 1.55% für Finnland – das ist weniger als die Inflationsrate in diesen Ländern -, aber 24.34% für Griechenland, 5.82% für Italien, 6.58% für Spanien, und 9.89% für Portugal (siehe ECB, 2012). Offensichtlich ist derzeit die Erwartung eines erfolgreichen und/oder vollständigen ‚Bail-outs‘ der EU-Südstaaten nicht (mehr) sehr groß. Im Gegensatz zum privaten Bankkredit gibt es im Staatsschuldengeschäft keine ‚Sicherheiten‘, die im Falle eines Kreditausfalls vom Gläubiger zur Schuldentilgung verkauft werden könnten; aus diesem Grund ist der Zins für Staatsanleihen im besonderen Masse begründeten Zukunftserwartungen und Spekulationen unterworfen. Es ist dieses psychologische Element des Vertrauens in die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, was erklärt, weshalb beispielsweise ein Regierungswechsel wie in Italien, eine Grundsatzrede eines Politikers oder ein Gerichtsurteil zu europäischen Institutionen die Märkte von einem Tag auf den anderen stark beeinflussen können, ohne dass sich die wirtschaftlichen Fundamentaldaten im selben Betrachtungszeitraum geändert hätten (siehe beispielsweise Guiso, 2010, über die Rolle des Vertrauens in der letzten Finanzkrise 2007/08). Daher kann die glaubwürdige Ankündigung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsreformen die Finanzmärkte kurzfristig beruhigen und kurzfristig den Zinssatz senken – aber längerfristig nur dann wirksam sein, wenn die Umsetzung dieser Ankündigungen in die Praxis die wirtschaftlichen Fundamentaldaten Richtung ‚Wirtschaftswachstum‘ ändert.

Sind Arbeitsmarktreformen notwendig?

Zur Beantwortung dieser Frage müssen folgende Aspekte geklärt werden: 1. Stimulieren diese Reformen das Wirtschaftswachstum? 2. Reduzieren diese Reformen die Staatsausgaben? 3. Stellen diese Reformen für Investoren ein glaubwürdiges Schuldenbedienungs-signal dar?

Da sich alle vier Südstaaten grundsätzlich in ihren Fundamentaldaten unterscheiden, muss eine Bewertung der vorgeschlagenen Arbeitsmarktreformen für jedes Land separat

vorgenommen werden; ein gewisses Überspitzen der Darstellung soll der Anschaulichkeit dienen.

Griechenland

Die griechische Wirtschaft lebt heute vom Billigtourismus („Meer, Essen, und Sonne“), Olivenöl, Schafskäse und den Werften. Die bis 2002 florierende Textilindustrie verlor nach dem Euroeintritt durch den exportverteuernden starken Euro, gepaart mit Lohnerhöhungen für die Arbeiter sowie dem mangelnden Produktivitätszuwachs, zusehends an Wettbewerbsfähigkeit und wanderte in andere Länder ab: 2011 schrumpfte die Produktion in der Textil- und Bekleidungsindustrie um 22% bzw. 33%, und ihr Anteil am BIP betrug nur noch mehr 0.6%. Zur gleichen Zeit wies als eine der wenigen Wachstumsbranchen der Nahrungsmittelbereich ein Wachstum von 5% auf; von 2011 bis 2012 leistete mit etwa 23% der Wirtschaftssektor „Gastgewerbe, Handel und Transport“ den mit Abstand größten Beitrag zur Entstehung des griechischen BIPs (siehe GTI, 2012a, 2011, für eine Beschreibung der wirtschaftlichen Fundamentaldaten Griechenlands). In Griechenland sind die Wirtschaftssektoren „Landwirtschaft“ und „Badetourismus“ eher arbeitsintensiv und lassen wenig Spielraum für produktivitätssteigernde Rationalisierungen zu: der Tourist möchte von Menschen bedient und umsorgt werden, und sowohl der Olivenanbau wie auch das Halten von Schafen sind in der hügeligen und kargen Landschaft Griechenlands mit den heutigen technischen Möglichkeiten arbeitsintensiv.

Damit kommt der Lohnhöhe eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands zu; die Nachbarländer Türkei und Bulgarien bieten nämlich die gleichen Produkte billiger an. Bedingt durch die jetzige Wirtschaftsstruktur, sind im Prinzip sind die vorgeschlagenen Arbeitsmarktreformen, welche die Lohnkosten senken, so schmerzhaft sie auch sein mögen, für Griechenland der richtige Weg, um wieder internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen; einen vergleichbaren wirtschaftlichen Effekt hätte der Austritt aus der Eurozone verbunden mit einer Währungsabwertung (siehe Xouridas, 2012, für eine Diskussion des Austrittsszenarios). Aufgrund der bisherigen Verschleppung der Reformen kann jedoch ein positiver „Ankündigungseffekt“ auf den Finanzmärkten nicht erwartet werden; ein steigendes Wirtschaftswachstum und ein damit einhergehender

senkender Zinseffekt werden wohl erst dann mittelfristig eintreten, wenn die Reformen zu greifen beginnen.

Italien

Wie auch Griechenland lebt Italien vom arbeitsintensiven ‚Tourismus‘ sowie vom Export von verarbeiteten Agrarprodukten wie ‚Olivenöl‘, aber auch ‚Wein‘ und ‚Pasta‘, etc. Italien hat sich jedoch vom Billigsegment erfolgreich verabschiedet und verkauft weltweit hochpreisige Qualitätslebensmittel und Designgüter, beziehungsweise zieht weltweit bildungsnahe und zahlungskräftige Ausländer zum Kultur- und Modekonsum ins Land: der Export trägt als wichtigster Wirtschaftszweig etwa 25% zum BIP bei, während die Tourismusindustrie mehr als 9% generiert. Neben der Lebensmittelindustrie und dem Kulturtourismus sind auch die Textilindustrie und der Fahrzeug- und Maschinenbau relevante Wirtschaftssektoren. In Italien dominieren weniger die Großindustrien, sondern es existiert eine breite Basis an gesunden mittelständischen Unternehmen: 90% der 300‘000 italienischen Unternehmen sind Familienbetriebe, und davon haben 80% weniger als 100 Mitarbeiter (siehe Handelsblatt, 2008). Diese Familienunternehmen produzieren nicht nur hochwertige Lebensmittel für den Weltmarkt, sondern auch Designprodukte, Mode, und Automobile. Die Familienbetriebsstruktur bedingt, dass für Rationalisierungen wenig Spielraum besteht. Im Gegensatz zu Griechenland hat Italien in all diesen Sektoren keine oder wenige Mitwettbewerber, so dass der internationale Wettbewerb nur einen geringen Rationalisierungs- oder auch Lohndruck ausüben sollte. Für italienische Luxusprodukte wird international gerne ein höherer Preis gezahlt, auch wenn die chinesische Billigindustrie die italienische Exportindustrie in den letzten Jahren unter Druck gesetzt hat: Nicht ohne Grund gehen die italienischen Exporte vor allem in die EU, aber auch zunehmend in die wirtschaftlich aufstrebenden Staaten Russland, Türkei und die Mercosur Staaten (siehe AUWI, 2011, für eine Beschreibung der italienischen Wirtschaftsstrukturen).

Bei einer Diskussion über die Höhe der italienischen Lohnstückkosten sollten diese folglich ins Verhältnis gesetzt werden zur weltweiten Einkommensverteilung und Zahlungsbereitschaft der Besserverdiener. Eine sinnvolle Wirtschaftspolitik sollte, zwecks Abgrenzung von billiger Massenproduktion, eher auf eine Qualitätssteigerung der italienischen Hochpreisgüter setzen als auf eine Lohnstückkostensenkung mittels weiterer

Schritte in der Arbeitsmarktderegulierung. Zudem lässt das italienische Arbeitsrecht bereits jetzt Zeitverträge zu, eingeschränkt auch Leiharbeit und sogar Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen; bereits jetzt haben in Italien 2,5 Millionen Arbeitnehmer nur befristete Verträge (siehe FAZ, 2012a). Daher befürchten die italienischen Gewerkschaften nicht zu Unrecht, dass das Argument des internationalen Wettbewerbs dazu missbraucht würde, um per Absenkung des Lohnniveaus eine Umverteilung von ‚unten nach oben‘ herbeizuführen – und das in Wirtschaftsbereichen, die eigentlich jetzt schon international wettbewerbsfähig sind. Für die Belebung der italienischen Export- und Tourismusindustrie ist also vor allem eine Qualitätsoffensive zu empfehlen.

Spanien und Portugal

Wie auch in den anderen Südstaaten der Eurozone ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig Spaniens, aber ebenso das Bauwesen, die Kommunikations- und Informationstechnik, die metallverarbeitende Industrie, der Maschinenbau, die Petrochemie, und die Landwirtschaft (eine Beschreibung der Fundamentaldaten Spaniens findet sich in MPI, 2012). Etwa 50% der spanischen Ausfuhren umfassen sogenannte Halbfabrikate, die in anderen Ländern weiterverarbeitet werden („Zulieferindustrie“), und etwa jeweils 10% sind Landwirtschaftsgüter respektive Kraftfahrzeuge. Über 50 Millionen Touristen besuchen jedes Jahr Spanien – etwa die eine Hälfte besucht als Kulturtouristen das Inland, und die andere kommt als Badetouristen an die Küsten und auf die Inseln. Die spanische Landwirtschaft – zumeist Anbau von Gemüse für den EU-Markt – wird in touristisch unattraktiveren Regionen auf großen Anbauflächen kapitalintensiv betrieben (Stichwort: Hydrokultur); beispielsweise ist die Region Almeria die agrarintensivste Europas, mit bis zu 5 Ernten pro Jahr, und einer Ertragssteigerung zwischen 1970 und 2000 um das Vierfache (siehe Seos, 2012, für eine Beschreibung der spanischen Gewächshauskulturen). Weite Teile des vergangenen Wirtschaftswachstums in Spanien wurden durch den spekulativen Bauboom getragen – eine Blase, die zwischenzeitlich geplatzt ist.

Portugals Wirtschaft ist ähnlich strukturiert wie die spanische, mit einer dominierenden Landwirtschaft (Fischerei, Wein- und Korkindustrie, Südfrüchte) und einer Zulieferindustrie (Chemie, Elektrotechnik, Auto). Portugal hängt aber bei geringer Binnennachfrage sehr stark von seinem direkten Nachbarn ab; seine Exporte gehen zu 90% ins Ausland, davon 80% in

die EU bzw. mehr als 40% nach Spanien (siehe GTI, 2012b, für eine Beschreibung der Fundamentaldaten Portugals).

Berücksichtigen wir die starke Rolle der kapitalintensiv produzierenden Zulieferbetriebe und der industriell betriebenen Landwirtschaft für die Wirtschaft in beiden Ländern, so scheint mir eine Innovations- und Rationalisierungspolitik sowie eine Bildungspolitik zur Steigerung der Produktivität (oder Qualität) wichtiger als eine allgemeine Lohnsenkungspolitik per Arbeitsmarktderegulierung: tatsächlich hatte Spanien bereits bis zur Finanzkrise 2007/08 erhebliche Produktivitätszuwächse mittels einer vernünftigen Bildungspolitik zum Aufbau des Humankapitals aufzuweisen (siehe Schrader und Laaser, 2012). Laut FAZ (2012b) muss sogar der Vorwurf der bis zur Unwirtschaftlichkeit gestiegenen Arbeitskosten entschieden zurückgewiesen werden – vor allem der spanische Exportsektor wuchs in etwa mit derselben Geschwindigkeit wie der deutsche im vergleichbaren Zeitraum, während laut Handelsblatt (2012) Portugal in 2012 wohl ein Handelsbilanzüberschuss und eine Verringerung des Leistungsbilanzdefizits erzielen wird. Daher ist eine Forderung nach einer produktivitätssteigernden und innovationsfreundlichen Wirtschaftspolitik nicht als unrealistisch einzuschätzen (nach Schrader und Laaser, 2012, hatten Portugal seit Beginn der 90er Jahre und Spanien nach 2007/08 den Produktivitätswachstumspfad verlassen). Möglicherweise jedoch können für die ausschließlich vom arbeitsintensiven Badetourismus lebenden Inseln und Küstenstreifen regional (oder auch nur sektorspezifisch für den Dienstleistungsbereich) gültige niedrigere Lohnabschlüsse vereinbart werden. Die Exportindustrien beider Länder sollten zudem neue Märkte in nicht-EU Ländern erschließen, um die wirtschaftliche Abhängigkeit von der EU als de facto alleinigen Exportmarkt abzubauen. Insgesamt ist also für Spanien und Portugal eine allgemeine Arbeitsmarktderegulierung und Lohnsenkung als ökonomisch nicht notwendig zu einschätzen; eine produktivitätsfördernde und innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik ist zu empfehlen.

Strukturreformen, Spar- und Privatisierungspolitiken

Anstelle einer allgemeinen Absenkung des Lohnniveaus (per Deregulierung) in allen vier genannten südlichen Staaten der Eurozone wäre es ökonomisch notwendiger, die von der Troika ebenfalls angemahnten Strukturreformen in Angriff zu nehmen. Beispielsweise ist es

für den Schuldenabbau nicht hilfreich, wenn zwar die Unternehmen Gewinne erwirtschaften, es aber an wirksamen Staatsstrukturen mangelt, um die Steuern einzutreiben (wie beispielsweise in Griechenland, siehe WiWo 2012). Ebenso müssten alle vier Südstaaten ihre tendenziell überbordende Staatsbürokratie – Genehmigungsverfahren für Firmenneugründungen oder auch für Neuanstellungen dauern viel zu lange – ihren Nepotismus und ihre korrupten Strukturen (siehe Spiegel, 2012a; Tagesschau, 2012a) bekämpfen, und sie müssten die Durchsetzung der bestehenden Gesetze tatsächlich leisten. Unter Umständen könnte eine (weitere) Dezentralisierung der Staats- und Verwaltungsstrukturen bürokratischen Wasserköpfen und Korruption erfolgreich entgegenwirken.

Die Troika hat neben Arbeitsmarktreformen auch Privatisierungen und eine rigorose Sparpolitik gefordert: beides kann ökonomisch sinnvoll sein, wenn die Umsetzung zukunftsgerichtet ist. Eine Privatisierung von Staatsbetrieben soll, so die Hoffnungen ihrer Befürworter, den Staatshaushalt von Ausgaben entlasten und zu einer Effizienzsteigerung in den jeweiligen Betrieben führen - diese Hoffnungen sind jedoch nur berechtigt, wenn die Rahmenbedingungen für eine Privatisierung auch stimmen (siehe Fischer, 2012, für eine Diskussion einer fehlgeschlagenen Privatisierungspolitik): der wichtigste Aspekt ist hier das Vorhandensein von Mitwettbewerbern, um das Entstehen privater Monopole zu vermeiden. Beispielsweise stehen lokale Wasser- und Elektrizitätswerke, oder auch öffentliche Nahverkehrsbetriebe eben nicht in einem derartigen Wettbewerb, so dass sie nach einer unregulierten Privatisierung letztlich eine gewinnmaximierende, höhere Bepreisung ihrer Dienstleistungen einführen würden. Mittelfristig würde in diesen Fällen eine Privatisierung nur erreichen, dass (bei preisunelastischem Verbrauch) das für sonstigen Konsum verfügbare Einkommen der Bürger sänke, was entweder die inländische Nachfrage schwächte oder höhere Sozialtransfers des Staates nach sich zöge, so dass die Entlastung des Staatshaushaltes durch die Privatisierung nur von kurzfristiger Dauer wäre. In diesen speziellen Fällen müsste eine Privatisierung also durch eine Preis- und Qualitätsregulierung ergänzt werden; sind die Kosten für diese Regulierung höher als die Kosteneinsparungen durch die Privatisierung, sollte auf eine Privatisierung verzichtet werden. Allerdings spricht nichts gegen eine Privatisierung von Betrieben, die international handelbare Produkte herstellen, wie beispielsweise Textilien, Autos, Olivenöl, etc.

Auch eine Sparpolitik ist nur dann eine sinnvolle Politik zur Bewältigung der Eurokrise, wenn vor allem in solchen Bereichen gespart wird, so dass das zukünftige Wirtschaftswachstum nicht gefährdet wird. Kürzungen im Bildungsbereich, wie ursprünglich von der spanischen Regierung geplant, wären in diesem Lichte eine falsche Entscheidung, während beispielsweise Militärausgaben keine wirtschaftlichen Investitionen darstellen und daher ein bevorzugtes Feld für eine vernünftige Sparpolitik sein sollten (Quelle: Zeit 2012; FAZ, 2012c). Die Troika hatte in ihren ersten Empfehlungen nur Einsparungsprozentziele vorgegeben und die konkrete Ausführung den einzelnen Regierungen überlassen; hier sind die Politiker im besonderen Masse aufgerufen, im Bewusstsein ihrer nationalen Verantwortung sich den Einflüssen der Lobbygruppierungen (wie Militär, Industrie, Landwirtschaft, Beamtenschaft) zu widersetzen und nicht nur Kürzungen in den Bereichen mit dem (erwarteten) geringsten politischen Widerstand vorzunehmen - wie im Gesundheits- und Sozialbereich, bzw. bei Arbeitnehmern und Rentnern, (siehe FTD, 2012b), nicht nur aus moralischen Gerechtigkeitsüberlegungen, sondern auch um den sozialen Frieden zu wahren (zu den Massenprotesten in Italien, Griechenland, Spanien und Portugal siehe bspw. Tagesschau, 2012b, Spiegel, 2012b, 2012c)

Fazit

Gerade aufgrund der sehr unterschiedlichen Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaften in den jeweiligen südlichen Staaten der Eurozone wird eine allgemeine Deregulierung des Arbeitsmarktes das Problem der Eurokrise nicht lösen können. In einigen Fällen kann der Verdacht nicht von der Hand gewiesen werden, dass es sich hierbei nur bedingt um eine wirtschaftliche Notwendigkeit handelt, sondern eher um eine große Umverteilungsmaßnahme von Arbeitnehmern hin zu Arbeitgebern, hin zu Eigentümern, hin zu spekulierenden Banken. Auch hätten eine allgemeine Lohnabsenkung sowie eine starke Lockerung des Kündigungsschutzes unter Umständen langfristig negative gesamtgesellschaftliche Auswirkungen, beispielsweise auf die Sozialsysteme, das Gesundheitssystem, die Fertilitätsrate, die privaten Bildungsinvestitionen, sowie das zukünftige Rentenniveau. Zudem ist fraglich, ob eine Firma ihre Ansiedlungsentscheidung innerhalb der EU ausschließlich von der Existenz eines flexiblen Niedriglohnsektors abhängig machen würde: für Europa als Standort sprechen andere Faktoren wie Bildungsniveau, Infrastruktur, politische und soziale Stabilität, die Nähe zu den Absatzmärkten, aber auch

Lebensqualitätserhöhende lokale Kulturgüter und Bildungsangebote sowie Umweltqualität. Niedrige Löhne für eine arbeitsintensive Industriemassenproduktion sind derzeit wesentlich billiger in China und Vietnam zu haben. Für die kapitalintensive exportorientierte Industrieproduktion ist also eher eine Rationalisierungs- und Innovationspolitik zu empfehlen, die eventuell in der Vergangenheit stattgefundene wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Lohnsteigerungen mittels Produktivitätszuwächse wieder kompensiert. Jedoch für den Sektor ‚Massenbilligtourismus‘, der in erster Linie über den Lohn für Dienstleistungen im internationalen Wettbewerb konkurriert, kann eine Lohnabsenkung sinnvoll sein, da hier die Rationalisierungsspielräume sehr beschränkt sind. Ebenso wichtig jedoch sind die von der Troika ebenfalls angemahnten Strukturreformen wie der Kampf gegen die Korruption; bei den Privatisierungen von Staatsbetrieben sollte das Entstehen privater Monopole vermieden werden. Eine Sparpolitik ist nur dann eine sinnvolle Politik zur Bewältigung der Eurokrise, wenn bevorzugt in solchen Bereichen gespart wird, so dass dadurch das zukünftige Wirtschaftswachstum nicht gefährdet wird. Hier sind die Politiker aufgerufen, im Bewusstsein ihrer nationalen Verantwortung sich den Einflüssen der Lobbygruppierungen (wie Militär, Industrie, Landwirtschaft, Beamtenschaft) zu widersetzen und nicht nur in den Bereichen mit dem geringsten politischen Widerstand zu kürzen (Schüler und Studenten, Rentner, Kranke, Arbeitslose). Dagegen könnte eine produktivitäts- und innovationsfördernde Wirtschaftspolitik langfristig auch das Entstehen von zu großen Einkommensdisparitäten vermeiden helfen, was letztlich auch dem sozialen Frieden dient. Hierzu ist nicht zuletzt politischer Mut gefragt!

Literatur

Aussenwirtschaftszentrum Bayern (AWZ) 2011, Exportbericht: Italien, Stand: Mai 2011, <http://www.auwi-bayern.de/awp/inhalte/Anhaenge/Exportbericht-Italien.pdf>, aufgerufen am 19. September 2012.

European Central Bank (ECB), 2012, Long-term interest rate statistics for EU member states, update: 12th Sept. 2012, <http://www.ecb.int/stats/money/long/html/index.en.html>, aufgerufen am 19. September 2012.

Financial Times Deutschland (FTD), 2012a, Griechenland braucht wohl weiteren Schuldenschnitt, 24 Juli 2012, <http://www.ftd.de/politik/europa/:euro-krise-griechenland-braucht-wohl-weiteren-schuldenschnitt/70067675.html>, aufgerufen am 16. September 2012.

Financial Times Deutschland (FTD), 2012b, Millionen demonstrieren in Spanien und Portugal, 16. September 2012, <http://www.ftd.de/politik/europa/:sparkurs-der-regierungen-millionen-demonstrieren-in-spanien-und-portugal/70091287.html>, aufgerufen am 16. September 2012.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2012a, Italiens entzauberte Arbeitsmarktreform, 18. September 2012, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/italien/die-unkuendbarkeit-italiens-entzauberte-arbeitsmarktreform-11893790.html>, aufgerufen am 20. September 2012.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2012b, Autos sind Spaniens Exportschlager, 27. Juli 2012, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/spanien/schuldenkrise-autos-sind-spaniens-exportschlager-11828671.html>, aufgerufen am 20. September 2012.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2012c, Spanien will mit Sparprogramm die Märkte beruhigen, 10. April 2012, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/10-milliarden-euro-spanien-will-mit-sparprogramm-die-maerkte-beruhigen-11712852.html>, aufgerufen am 16. September 2012.

Fischer, J. A.V., 2012, The choice of domestic policies in a globalized economy, MPRA Paper 37816, University Library of Munich, Germany.

German Trade & Invest (GTI), 2012a, Wirtschaftsdaten kompakt: Griechenland, Stand: Mai 2012, http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/griechenland.pdf, aufgerufen am 19. September 2012.

German Trade & Invest (GTI), 2012b, Wirtschaftsdaten kompakt: Portugal, Stand: Mai 2012, http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/portugal.pdf, aufgerufen am 24. September 2012.

German Trade & Invest (GTI), 2011, Wirtschaftsdaten kompakt: Griechenland, Stand: Mai 2011, Wirtschaftsstruktur und Chancen: Griechenland, Stand: Juni 2011, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2011/09/pub201109208015_16287.pdf, aufgerufen am 19. September 2012.

Guiso, L., 2010, A trust-driven financial crisis. Implications for the future of financial markets, EIEF Working Papers Series 1006, Einaudi Institute for Economic and Finance (EIEF).

Handelsblatt, 2012, Portugal senkt Defizit mit Exporten, 20. September 2012, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/leistungsbilanzdefizit-portugal-senkt-defizit-mit-exporten/7159848.html>, aufgerufen am 20. September 2012.

Handelsblatt, 2008, Beliebte Arbeitgeber: Familienunternehmen, 18. Februar 2008, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/familienunternehmen-beliebte-arbeitgeber/2923434.html>, aufgerufen am 20. September 2012.

MP-Investment /MPI-Consulting (MPI), 2011, Spanien, http://www.mp-investment.de/MPI-DATEIEN/2033933/heh_flugzeugf14_infoLand.pdf, aufgerufen am 19. September 2012.

Seos – Landnutzung und Landnutzungswandel (Seos), 2012, Almerias Gewächshäuser, <http://www.seos-project.eu/modules/landuse/landuse-c03-p05.de.html>, aufgerufen am 20. September 2012.

Der Spiegel, 2012a, Rette sich, wer kann - meine Familie zuerst: Vetternwirtschaft in Griechenland, 11. September 2012, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/euro-krise-griechen-aergern-sich-ueber-politische-vetternwirtschaft-a-854965.html>, aufgerufen am 16. September 2012.

Der Spiegel, 2012b, Griechenland fehlt mehr Geld als bisher bekannt, 23. September 2012, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/in-griechenlands-staatshaushalt-fehlen-20-milliarden-euro-a-857398.html>, aufgerufen am 24. September 2012.

Der Spiegel, 2012c, 200.000 protestieren gegen Montis Sparprogramm, 16. Juni 2012, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gewerkschaften-in-italien-protestieren-gegen-sparpaket-von-mario-monti-a-839320.html>, aufgerufen am 24. September 2012.

Der Standard, 2012, Troika setzt Athen Daumenschrauben an, 12. September 2012, <http://derstandard.at/1345166888264/Troika-setzt-Athen-Daumenschrauben-an>, aufgerufen am 16. September 2012.

Tagesschau, 2012a, Gucci-Täschchen auf Kosten des Steuerzahlers, 23. September 2012, <http://www.tagesschau.de/ausland/spaetroemischedekadenz100.html>, aufgerufen am 24. September 2012.

Tagesschau, 2012b, Zehntausende demonstrieren gegen Sparkurs, 15. September 2012, <http://www.tagesschau.de/ausland/demonstrationen-portugal-spanien100.html>, aufgerufen am 24. September 2012.

Wagschal, U., G. Wenzelburger, T. Petersen, O. Wintermann, 2009, Determinanten der Staatsverschuldung in den deutschen Bundesländern, *Wissenschaft für die Praxis*, 2009(3), 204-212

Die Wirtschaftswoche, 2012, 160 Finanzbeamte für Athen, 25. Februar 2012, <http://www.wiwo.de/politik/europa/aufbauhilfe-160-finanzbeamte-fuer-athen/6245378.html>, aufgerufen am 16. September 2012.

Xouridas, St., 2012, Ein differenzierter Blick auf einen Euro-Austritt Griechenlands, *Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Juni 2012, 92 (6), <http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2012/6/2796/>

Die Zeit, 2012, Wie die Troika um Panzer und Rentner schachert, 10. September 2012, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-09/griechenland-militaer-sparplan>, aufgerufen am 16. September 2012.